



12.08.2014

ANTRAG

Kostengünstigen Wohnraum sichern

Dem Stadtrat wird berichtet.

- ob und in welchem Umfang die Patrizia Immobiliengesellschaft (ehemalige staatliche Wohnungsgesellschaft GBW) auch für die in ihrem Eigentum befindlichen Landshuter Wohnungen mit Mietpreissteigerungen, Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen aktiv geworden ist, oder der Stadt im Zuge des Vorkaufsrechts Wohnungen angeboten hat;
- in wie weit die Bemühungen der Stadt gediehen sind, in das Programm der Staatsregierung zur Senkung der Grenzen für Mieterhöhungen von 20% auf 15% aufgenommen zu werden.

Begründung:

Rund 1000 Wohnungen sind in Landshut mittlerweile im Besitz der Patrizia. Mit Sorge verfolgt die Stadtratsfraktion der Grünen das rigorose Vorgehen der Patrizia Immobiliengesellschaft derzeit in München, die im vergangenen Jahr die ehemals staatliche Wohnungsbaugesellschaft GBW gekauft hat. Am Ackermannbogen in München versucht die Patrizia nun erneut Mieterhöhungen durchzusetzen. Außerdem klagt die GBW-Nachfolgerin gegen die Stadt München, weil diese eine Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen verweigert.

Im vergangenen Jahr der mit großer Mehrheit des Stadtrates gefasste Beschluss zu spät kam, um in die Gebietskulisse der Kappungsgrenzenverordnung der Staatsregierung aufgenommen zu werden, das die Grenzen für Mieterhöhungen von 20% auf 15% reduziert. Die Stadt muss alles daran setzen, um bald möglichst berücksichtigt zu werden. Laut Auskunft der Verwaltung hat das zuständige Staatsministerium für Justiz und Verbraucherschutz im vergangenen Jahr mündlich in Aussicht gestellt, im Rahmen einer zweiten Runde die Kommunen, die zunächst zurückgestellt wurden, in die Verordnung aufzunehmen. Die Stadtratsfraktion der Grünen möchte nun wissen, wie weit diese Bemühungen gediehen sind.

gez. Sigi Hagl
Fraktionsvorsitzende
Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen